

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.



Pränumerations-Preis pro Quartal 1 Thlr. Preuss. Cour.  
Expedition: Krautmarkt N. 1051.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

## No. 231. Sonnabend, den 11. November 1848.

Nach erfolgter Entlassung des bisherigen Minister-Präsidenten und Kriegs-Ministers, Generals der Infanterie von Pfuel, will Ich Sie hierdurch zum Minister-Präsidenten ernennen und Ihnen zugleich bis zum Eintreffen des neu ernannten Kriegs-Ministers die interimistische Leitung des Kriegs-Ministeriums und bis zur Ernennung eines neuen Chefs für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die interimistische Leitung dieses Ministeriums übertragen.

Sansfouci, den 8ten November 1848.  
(gez.) Friedrich Wilhelm.  
(contras.) Eichmann.

An den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen u. c.

Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmungen thätlich mißhandelt worden waren, ist am 31sten v. Mts. von aufgeregten Volkshäufen das Sitzungsfokal der Versammlung förmlich belagert und, unter Entfaltung der Zeichen der Republik, der Versuch gemacht worden, die Abgeordneten durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, aus deren Schooße die Grundlagen einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchische Bewegungen in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Beratungen vor dem Scheitern der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß demselben so bald als möglich die auf Grund Unserer Verheißung zu erbauende konstitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Umständen nicht erfolgen, und darf von den Maßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen.

Wir finden Uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen, und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schnell zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. Mts. ab in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hiermit vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Beratungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. Mts. in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Gegeben Sansfouci, den 8. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.  
(gegengez.) Graf von Brandenburg.

Botschaft an die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung.

Bei der am 11ten d. M. fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 98ter Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 5000 Thlr. auf No. 8856 und 33,570; 5 Gewinne zu 2000 Thlr. auf No. 27,153, 30,417, 38,832, 64,852 und 80,206; 31 Gewinne zu 1000 Thlr. auf No. 1824, 5157, 7302, 13,493, 14,456, 14,842, 16,651, 20,550, 30,564, 31,321, 33,681, 34,208, 38,336, 38,363, 47,011, 47,336, 47,388, 50,836, 52,041, 54,303, 54,832, 55,240, 58,264, 61,158, 61,957, 64,171, 68,394, 69,406, 78,442, 80,917 und 81,132 in Stettin bei Wilsnach und auf 4 nicht abgesetzte Loose; 33 Gewinne zu 500 Thlr. auf No. 1186, 2109, 3380, 4691, 6680, 7440, 10,188, 12,531, 16,024, 17,068, 17,150, 17,269, 17,504, 20,470, 21,756, 21,971, 30,223, 32,452, 33,007, 35,294, 40,709, 47,268, 57,703, 60,081, 62,643, 65,999, 69,967, 74,234, 76,004, 76,194, 76,195, 76,720 und 78,045 in Stettin bei Rollin und Wilsnach, und auf 8 nicht abgesetzte Loose; 53 Gewinne zu 200 Thlr. auf No. 31, 1437, 2025, 2471, 2728, 4506, 4579, 6204, 6672, 7108, 9830, 10,536, 13,773, 16,496, 17,923, 18,253, 18,950, 19,538, 26,753, 26,788, 27,836, 30,755, 33,298, 33,325, 37,950, 40,077, 40,737, 43,621, 46,311, 51,486, 52,264, 53,547, 54,089, 54,099, 55,443, 55,681, 56,548, 56,893, 56,976, 57,150, 61,682, 67,550, 69,314, 70,382, 72,479, 74,720, 75,011, 78,731, 81,462, 82,269, 83,507, 83,536 und 83,958.

### Deutschland.

(X) Stettin, 10. November. Das, was wir längst erwarteten, ist geschehen, der Bruch zwischen Krone und jener Versammlung, über welche das Volk den Stab längst gebrochen hat, ist eingetreten. Das neue Ministerium hat die National-Versammlung verlegt. Längst hätte das ge-

schehen sollen; gewiß mußte es gleich nach der nichtswürdigen Belagerung der Versammlung geschehen, in welcher man durch bereitgehaltene Stricke die freie Berathung verhindern wollte. Warum geschah es damals nicht gleich? Das ist der einzige Vorwurf, gegen welchen wir die Krone zu verteidigen haben. Einfach deshalb ist es nicht geschehen, weil das Ministerium Pfuel, das sich in seinem Präsidenten unter die Fittige von Jung und Schramm flüchtete, zu schwach war, und sich nicht zu einem festen Schritte für die Freiheit des Volkes ermannen konnte. Es mußte also ein neues, kräftiges Ministerium gebildet werden. Das ist nun geschehen und das Ministerium hat gehandelt und wird handeln. Die weiteren Schritte des Ministeriums werden wir abwarten und dann urtheilen, und nicht losschreien, ehe das Ministerium gehandelt hat; denn das wäre ganz unkonstitutionell. Der König hat unbedingt das Recht, sich seine Rathgeber selbstständig zu wählen. Darin kann ihn Niemand beschränken, der die konstitutionelle Monarchie in Wahrheit will. Man sagt, die Konstitution sei noch nicht fertig. Aber warum ist sie noch nicht fertig? Weil die Versammlung sie nicht hat fertig machen wollen; weil die Linke das Zustandekommen der Verfassung auf jede Weise verhinderte. Deshalb ist das Volk mit der Kammer zerfallen, deshalb schickte es Petitionen auf Petitionen, zuletzt die große Monstrepetition der Urwähler; deshalb mußte die Krone, welche es treu meinte mit dem Volke und der konstitutionellen Freiheit mit dieser Versammlung nothwendig zerfallen. Noch immer milde und nachsichtig, löste die Krone diese unfähige, zum Theil böswillige Versammlung nicht auf, wie gewiß unzählig viele im Volke wünschen, sondern die Versammlung wurde nur verlegt, um sie von dem Terrorismus der Demokraten Berlins zu befreien. Unbedingt gebührt aber der Krone das Recht, die Versammlung zu verlegen. Das Recht kann ihr Niemand nehmen; und wenn die Versammlung dieser Verlegung nicht Folge leistet, so steht sie auf dem ungesetzlichen Standpunkt, so ist sie im offenen Aufruhr begriffen und es ist nicht allein das Recht, sondern die gebieterische Pflicht der Regierung, mit allem Ernst gegen sie einzuschreiten. Die Linke der Berliner Versammlung und das unklare linke Centrum hat schon lange auf diesem ungesetzlichen Standpunkt gestanden, das hat sie selbst klar ausgesprochen, indem sie wiederholentlich behauptete, sie verdanke ihr Mandat der Revolution und befände sich noch im Revolutionszustande. Ist dem so, um so mehr muß gegen sie, als Revolutionären, Gewalt gebraucht werden, damit Recht und Gesetz wieder gelte; denn Recht und Gesetz muß wieder hergestellt werden. Das hat das Volk längst eingesehen, und will, daß Recht und Gesetz wieder regieren. Stellt die Regierung uns das wieder her, so handelt sie durchaus nach dem Willen des Volkes. Und weshalb konnte die republikanische Linke Gesetz und Ordnung so lange mit Füßen treten, warum so ungestraft gegen den ausgesprochenen Willen des Königs und des Volkes handeln? Leider nicht bloß wegen der Schwäche der Regierung, sondern weil den Demokraten durch die Unentschiedenen, welche eine Vermittlung zwischen Republik und konstitutionellem Königthum für möglich hielten, der Rücken gestärkt wurde. Die Unentschiedenen tragen einen großen, sehr großen Theil der Schuld. Aus Furcht vor dem Schreckbild der Reaktion haben sie es mit den Republikanern gehalten u. zum Theil machen sie es noch so; ohne zu bedenken, daß wenn erst die Krone beseitigt ist, sie zunächst an die Reihe kommen und ohne Erbarmen von ihren falschen Freunden, den Demokraten und Republikanern, vernichtet werden. Das ist der nothwendige Gang der Dinge. Wir wollen hoffen, daß ihnen nicht zu spät die Augen aufgehen. In Frankfurt a. M. sieht man viel klarer, dort ist wahre politische Bildung; und daher zweifeln wir keinen Augenblick daran, auch wird es uns ausdrücklich berichtet, daß die preussische Regierung in vollständiger Uebereinstimmung mit der Frankfurter Versammlung und der Centralgewalt handelt.

Berlin, 9. November. Sitzung der National-Versammlung. (Schluß.)

Präsident: Ich habe dem Ministerium mittheilen wollen, daß ich die Versammlung befragen wollte, ob sie die Verfassung für gesetzlich hält. Die Botschaft ist ein konstitutioneller Akt. Niemand kann daran zweifeln, daß die Vertreter eines Volkes von 16 Millionen berechtigt sind, zu prüfen, ob dieser Akt ein gesetzlicher oder ungesetzlicher sei. Ich werde deshalb die Versammlung befragen, ob sie beschließt:

daß die heutige Verhandlung sofort geschlossen werden soll.

Reichensperger (zur Fragestellung): Vorher scheint es uns nothwendig, uns über die gesetzliche Form der Akten zu vergewissern. Ich habe nicht gehört, daß eine kontrasignirte Ordre über die Ernennung des Grafen Brandenburg verlesen worden ist. (Bravo der Linken.)

Präsident: Je größer der Moment ist, um so mehr fordere ich Sie auf, ihn in Ruhe durchzuleben. Ich habe zunächst dem Abgeordneten Reichensperger zu erwidern, daß die Rabinetsordre, durch die der Graf Brandenburg zum Minister-Präsidenten ernannt worden ist, von ihm selbst



unterzeichnet ist. — Wir schreiten nun zur Abstimmung. — Es ist auf Namensaufruf angetragen worden. Reichensperger: Es liegt kein Antrag vor, der von einem Mitglied oder einem Ministerium ausgegangen ist, ich protestire gegen jede Fragestellung. Präsident: Der Präsident hat das Recht, ohne Antrag eine solche Frage zu stellen. Ein Abgeordneter der Rechten: Um den Zweifel des Abgeordneten Reichensperger zu lösen, mache ich darauf aufmerksam, daß schon früher eine contrasignirte Kabinettsordre in Betreff des Grafen Brandenburg eingegangen ist. Präsident: Eine Mittheilung des Ministers Eichmann war früher eingegangen, welche die Beauftragung des Grafen Brandenburg zur Bildung eines Ministeriums, aber nicht seine Ernennung enthielt.

Es wird nun über die Frage, ob die Sitzung sofort geschlossen werden solle, durch Namensaufruf abgestimmt. Nur wenige Mitglieder der Rechten antworten mit Ja, viele Mitglieder auf dieser Seite wurden als fehlend genannt. Sämmtliche Fractionen in den Centren und auf der Linken stimmten mit Nein. Aus dem rechten und mittleren Centrum unter Anderen auch Bornemann, Wachsmuth, Bredt, Duncker, Gierke, Jonas (Berlin), Kosch, Moriz, Schimmel. — Kühlwetter, Kupfer, Milde, Meusebach, Auerswald, Riedel, Tamnau fehlten. Reichensperger enthielt sich der Abstimmung, weil kein Antrag vorliege. Während der Zählung beruft Waldeck die Prioritäts-Kommission zusammen. Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Mit ja haben gestimmt 30, mit nein 252; gefehlt haben 78, beurlaubt 27, krank 7, enthalten haben sich 8.

Präsident: Es sind zwei dringende Anträge eingegangen, die denselben Gegenstand betreffen. Ich bitte sie zu verlesen.

Bornemann verliest folgenden Antrag: die Versammlung wolle beschließen, das Ministerium aufzufordern, die Zurücknahme der in der Allerhöchsten Botschaft ausgesprochenen Verletzung der Versammlung zu erwirken.

Der zweite Antrag lautet, die Versammlung wolle beschließen:

- 1) daß sie für jetzt keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Beratungen zu ändern, sondern dieselbe in Berlin fortsetzen werde,
- 2) daß sie der Krone nicht das Recht zugestehle, die Versammlung wider deren Willen zu vertagen, zu verlegen, oder aufzulösen,
- 3) daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botschaft gerathen haben, nicht für fähig achtet, die Regierung des Landes zu führen, vielmehr dafür achtet, daß sie sich schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, das Land und die Versammlung schuldig gemacht haben.

Unterzeichnet ist der Antrag von Mitgliedern der verschiedensten Parteien, Gierke, Berg, Kobbertus, Waldeck, Jacoby, Ludicke, Plönies, Uhlisch, Hausmann u. A. Viele drängen sich noch zur nachträglichen Unterschrift. Er wird fast einstimmig unterstützt.

Präsident: Ich bitte Antragsteller, die Dringlichkeit zu motiviren.

Bornemann: Die Dringlichkeit liegt auf der Hand, so daß ich nichts zu sagen habe. Gierke: Das Motiv der Dringlichkeit ist die königliche Botschaft. Schimmel (vom Platz): Ich trage auf Theilung des Antrages an. Gierke: (Zur Motivirung des Antrages selbst.) In einem Moment, wie der gegenwärtige, bedarf es nicht der Worte, sondern der Thaten. Ich will nur das Verhältniß der drei Anträge beleuchten. Der erste spricht sich darüber aus, ob es zulässig ist, daß die Versammlung im gegenwärtigen Augenblick ihren Sitz verlege. Die Botschaft führt als Motiv die Verletzung der persönlichen Sicherheit der Abgeordneten an; ich brauche nicht zu versichern, daß ich die vorgefallene Exzesse verabscheue. Aber ehe man sich zu einer solchen Maßregel wie die Vertagung und Verlegung entschließt, muß man die geringeren erschöpft haben; das ist nicht geschehen. Der zweite Antrag geht dahin, die Rechtmäßigkeit der königl. Botschaft zu befreiten. Ich habe gewiß die Rechte der Krone geachtet; aber so wenig ich die Souveränität allein im Volke, der Krone gegenüber, sehe, so wenig will ich des Volkes Rechte verletzen lassen. Das Recht der Verlegung wäre nicht das Recht eines konstitutionellen Königs, das wäre das Recht eines absoluten Herrschers. (Bravo.) Der dritte Antrag betrifft die Verantwortlichkeit der Minister. Entweder der Antrag ist nicht von verfassungsmäßigen Ministern ausgegangen, dann braucht er uns nicht zu kümmern, oder er ist von verfassungsmäßigen Räten der Krone ausgegangen, dann tragen auch sie die Verantwortlichkeit dafür. Welches auch die Folgen sein mögen, ich hoffe, sie gehen nicht über die verantwortlichen Minister hinaus. Welches aber sie auch sein mögen, auf die, welche dazu gerathen haben, fällt die Schuld, nicht auf die Abgeordneten. (Bravo.) — Bornemann verliest die Motive seines Antrages. Sie gehen dahin, daß die Exzesse des Volkes die Abgeordneten in ihrer Abstimmung nicht influenzirt haben, daß Maßregeln zur Abwendung solcher Exzesse bereits getroffen seien. Die Exzesse rührten auch daher, daß ein Ministerium die Regierung führte, welches nach der Meinung des Volkes reaktionäre Bestrebungen förderte. Ein Ministerium aus liberalen, kräftigen Männern wäre allein im Stande, die Freiheit und die Ordnung zu sichern. Eine Verlegung der Versammlung sei deshalb unnütz, und wenn man einen Einfluß von außerhalb auf die Versammlung annehmen wollte, so sei die Gefahr desselben gerade bei einer Verlegung vorhanden. — Der Abgeordnete setzt hinzu: Der Antrag, der vor mir motivirt worden ist, stellt Macht gegen Macht; mein Antrag sucht denselben Zweck auf dem Wege konstitutioneller Mäßigung zu erreichen. (Bravo.) — Der Schluß wird beantragt. Zacharia spricht dagegen, weil die Anträge noch nicht gehörig beleuchtet seien. Dessenungeachtet wird der Schluß fast einstimmig genehmigt. Der Bornemann'sche Antrag wird verworfen; nur der Rest der Rechten und das rechte Centrum erheben sich dafür. Man stimmt nun einzeln über die drei Theile des zweiten Antrages ab. Sie werden mit Majorität angenommen.

Präsident: Es ist ein Schreiben des Grafen Brandenburg eingegangen. Ich ersuche den Schriftführer, dasselbe zu verlesen. (Geschicht.) Das Schreiben enthält die von dem Minister Eichmann gegenzeichnete Ernennung des Grafen Brandenburg. — Der Präsident macht darauf den Vorschlag, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu vertagen, um das Protokoll vollenden und schließen zu können. Kühnemann. Wir haben inaktive Beschlüsse gefaßt. Wir müssen jetzt erwarten, welche Wirkung sie nach sich ziehen werden. Ich stelle den Antrag auf Vertagung bis morgen. (Unterstützt.) Waldeck: Gegen die Vertagung der Sitzung auf eine halbe Stunde habe ich nichts einzuwenden, wohl aber gegen den sofortigen Schluß. So eben sind dem Prioritäts-Ausschusse

zwei neue dringende Anträge eingegangen. Phillips (gegen die Vertagung): Wir haben gesehen, daß wir den kleinlichen Angriffen der Beamten ausgesetzt sind, gegen die wir uns erhoben haben. Behrends (ebenfalls): Wenn wir morgen kommen, können wir den Saal möglicherweise geschlossen finden.

Die Versammlung entscheidet sich hierauf (Mittags halb 1 Uhr) einstimmig dafür, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszusetzen, um das Protokoll vollenden zu lassen. Als stillschweigende Bedingung wurde vorgeschrieben, daß sie das Haus nicht verlassen wolle.

Die um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr vertagte Sitzung wurde um 2 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen. Das Protokoll der Morgen-Sitzung ward verlesen.

Präsident: Die Abgeordn. Waldeck, Eisner, Behrends haben beantragt, das Kommando der Bürgerwehr zu ersuchen, die Umgebung des Schauspielhauses während der Sitzungen zu besetzen. Nach den bereits von mir getroffenen Anordnungen wird sich der Antrag von selbst erledigen, ebenso ein Antrag des Abgeordn. Behrends, die Zugänge zum Sitzungssaale (welche nach einem Gerüchte, wie der Antragsteller mittheilte, durch den Theater-Intendanten Küster verschlossen werden sollen) für die Abgeordneten offen zu halten. Es ist ferner ein Antrag gestellt, daß die Versammlung nöthigenfalls sich da zu versammeln hat, wohin sie der Präsident berufen wird. Nach der bereits bei einer früheren Gelegenheit befolgten Praxis wird dazu dem Präsidenten die Befugniß einzuräumen sein. (Die Versammlung stimmt bei.) Endlich hat der Abgeordnete Kobbertus beantragt, in der Beratung über das Gesetz wegen Aufhebung verschiedener bauerlicher Lasten fortzufahren. Kobbertus: Mein Antrag ist die Konsequenz unseres heute morgen gefaßten Beschlusses. Wir dürfen und durch ein Attentat der Minister nicht einmal in unsrer Tagesordnung irre machen lassen! Der Antrag Kobbertus wird einstimmig angenommen. Präsident: Wir haben jetzt über den Antrag des Abgeordneten Kühnemann auf Vertagung abzustimmen. Der Abgeordnete Kämpf hat das Amendement gestellt: die Sitzung bis 6 Uhr zu vertagen. Ich bringe dies Amendement zunächst zur Abstimmung. Es geschieht und die Versammlung nimmt die Vertagung bis 6 Uhr einstimmig an. Präsident: Ich werde dafür sorgen, daß ein Mitglied des Präsidiums hier stets gegenwärtig ist. Schluß 2 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Die heute Mittag vertagte Sitzung wird um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr wieder eröffnet. Das Protokoll wird verlesen. Präsident: Wir kommen nun zur Tagesordnung, Beratung des Abgabengesetzes. Ich ersuche den Bericht-Erstatter, in seinem Bericht fortzufahren. Als der Referent Pilet die Nr. 12 und die Motive dazu verlesen hatte, beantragen Berg und Phillips, daß die Versammlung sich bis morgen um 9 Uhr vertage, bis dahin die Mitglieder des Präsidiums und des Büreaus abwechselnd im Saale bleiben sollten. Zur Motivirung macht Phillips darauf aufmerksam, daß die Versammlung die Beratung des Abgabengesetzes wohl nur begonnen habe, um ihr Recht zu wahren; daß sie aber zur wirklichen Beratung frischer Kräfte bedürfe. Betreff des zweiten Theils seines Antrages appellirt er an den Patriotismus der betreffenden Mitglieder. — Berg: Der Präsident unserer Versammlung hat sich heute Morgen durch sein energisches Benehmen um das ganze Land so verdient gemacht, daß ich sie auffordere, durch Aufstehen ihm ihren Dank auszusprechen. Die Versammlung erhebt sich einstimmig und bricht in ein stürmisches, lang andauerndes Bravo und Klatschen aus. v. Arnub: Meine Herren, ich habe nichts als meine Pflicht gethan. (Neues Bravo.) Präsident: Ich vertage die Sitzung bis morgen 9 Uhr. (Schluß 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.)

Berlin, 9. November. Morgens 10 Uhr. Das neue Ministerium hat so eben die National-Versammlung vertagt und ihr eine demnächstige Verlegung nach Brandenburg angezeigt. Es hat mit dieser Erklärung die Sitzung verlassen und jede fernere Beratung für ungesetzlich erklärt. Die rechte Seite ist dem Ministerium theilweise gefolgt, der übrige Theil derselben, die Linke und das Centrum, sind geblieben und haben mit großer Majorität den Beschluß gefaßt, sich einer Verlegung und Entfernung zu widersetzen. Damit ist der Konflikt, dessen Herannahen wir lange vorhersehen und lange vorher prophezeit haben, auf die Spitze getrieben. Was nun geschehen wird, läßt sich in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen niederschreiben, noch nicht im Entferntesten absehen. Noch weniger können wir uns inmitten der Ereignisse auf eine irgend tiefer gehende Beurtheilung unserer politischen Lage einlassen; daß sie eine sehr verhängnißvolle, wahrscheinlich eine die nächste Zukunft entscheidende sein wird, empfindet wohl Jeder. Die Stadt ist bis jetzt vollkommen, sogar auffallend ruhig. Man sieht nur kleine Atroupements, meistens den gebildeten Ständen angehörig, welche das Geschehene mit Lebhaftigkeit diskutieren. An politischen Plakaten fehlt es noch ganz. Die zur Errichtung des Schauspielhauses erforderliche Bürgerwehr ist wie gewöhnlich schon am frühen Morgen in den Bezirken durch das Horn allarmirt und hält den Gensd'armenmarkt besetzt. Müßige Zuschauer umstehen sie, ohne eine unruhige Bewegung zu vertragen. Auf dem Commando der Bürgerwehr befindet sich der Sicherheits-Ausschuß und der Magistrat ist in Permanenz getreten. Das diplomatische Corps soll nach Potsdam gegangen sein, um seine Vermittelung anzubieten.

Mittags 12 Uhr. Das äußere Kolorit der Stadt ist fast noch freundlicher geworden. Der klare sonnige Tag hat ein zahlreiches, selbst elegantes Publikum auf die Straßen gelockt. Es circuliren nur politische Mittheilungen. Aus allem geht hervor, daß das Ministerium entschlossen ist, nöthigenfalls mit äußerster Strenge einzuschreiten und Berlin sofort in Belagerungszustand zu erklären. Es ist inzwischen noch keineswegs ersichtlich, welche Stellung die Bürgerwehr bei gewaltsamen Auftritten nehmen wird. Man will wissen, der Kommandeur Herr Kimpler habe der Linken bereits zum Voraus die Zusicherung ertheilt, die Beschlüsse der Majorität zu unterstützen; er soll aber erst nachher die Majors hieron in Kenntniß gesetzt und sie um ihre Zustimmung ersucht haben. Darüber wäre einige Aufregung entstanden, und im Augenblick fände eine Versammlung der Majors und Hauptleute statt, um Herrn Kimpler darüber zu interpelliren. Eine Einstimmigkeit scheint in der Bürgerwehr durchaus nicht zu herrschen; einige Bataillone sollen sogar erklärt haben, sie würden ihre Bezirke nicht verlassen. Das Militair soll mit allem zum Kampf Erforderlichen, namentlich scharfen Patronen, vollständig versehen sein, selbst mit Leinwand, Verbandzeug und was dahin gehört. Die noch in der Stadt befindlichen Truppen haben dieselbe zum Theil verlassen. Im Zeughaus befindet sich ein Bataillon, welches sich stark verschanzt und auf 8 Tage verproviantirt hat, also einer Belagerung völlig gewachsen ist. Endlich will man von Operationsplänen wissen, die in Potsdam entworfen sein sollen. Man hört



die zuverlässige Angabe machen, daß die in diesem Augenblicke in der näheren Umgebung Berlins kantonirenden Truppen wenig über 25,000 Mann stark seien. Die Zahl der Geschütze soll sich auf 150 bis 160 Stück belaufen. Die Schlüssel zu allen königlichen Gebäuden sollen sich in den Händen des Militärs befinden und selbst für die Gitterpore des Schlosses, obwohl das Gebäude ausschließlich durch die Bürgerwehr besetzt wird, sollen Offiziere Schlüssel haben.

— Mittags 1 Uhr Die Nationalversammlung hat sich bis 5 Uhr vertagt. Das vom Ministerium des Innern ressortirende Bureaupersonal der Nationalversammlung hat vom Minister Eichmann Befehl erhalten, sofort das Schauspielhaus zu räumen; eben so das stenographische Bureau, gegen dessen Vorsteher, den Marschallamtsekretair Jaquet, die Aufforderung dazu von seiner vorgesetzten Dienstbehörde, dem Hofmarschallamt, ergangen sein soll. Beiden Behörden ist aber vom Präsidenten der Nationalversammlung, v. Arnub, der Befehl zugegangen, zu bleiben, und ist die Bürgerwehr requirirt worden, dieselben aus dem Bureau nicht fortzulassen. Zugleich ist den Beamten der Schutz der Versammlung versprochen. Dieselben sind hierauf geblieben. Die Stimmung im Publikum wird unruhiger, wozu die einzelnen aus der Nationalversammlung verlaublichen Gerüchte von entscheidenden Anträgen, als das Ministerium in Anklagestand zu versetzen u. s. w. wesentlich beitragen. Man sieht einzelne Bürgerwehrmänner bewaffnet über die Straße nach ihren Sammelplätzen eilen, während andererseits Anlust zu einem Kampfe bemerkbar wird. Circulirende Gerüchte, das Militär rücke bereits gegen die Stadt, haben sich als grundlos erwiesen. Andererseits erzählt man aber, die Bürgerwehr werde demnächst aufgeföhrt werden, die Nationalversammlung aufzulösen, und wenn sie sich weigere dem nachzukommen, diesen Auftrag durch das Militär vollstreckt werden. Die Gerüchte fangen an, sehr durcheinander zu gehen. Höchst bemerkenswerth erscheint indeß die uns als verbürgt zugegangene Notiz: daß alle Clubs schon gestern Abend beschloffen hätten, sich auf keine Weise an einer gewaltthätigen Bewegung zu betheiligen.

— Nachmittags 3 Uhr. Die um 2 Uhr wieder aufgenommene Sitzung ist so eben aufs neue bis 6 Uhr vertagt. Die Ungewißheit im Publikum scheint dadurch peinlich vermehrt zu werden. Auf den Straßen werden Exrablätter ausgerufen, welche den Inhalt der Morgensitzung mittheilen. An den Ecken erblickt man drei königliche Kabinettsordres angeschlagen, wodurch Herr von Brandenburg zum Ministerpräsidenten ernannt, die Mitglieder seines Ministeriums bestätigt und Vertagung so wie Verlegung der Nationalversammlung angeordnet wird. Erstere Kabinettsordre ist von Eichmann, die zweite und dritte von Brandenburg kontrahirt.

— Abends 6 Uhr. Diesen Mittag ist dem Kommandeur der Bürgerwehr von den Ministern Brandenburg und Mantensel die vertrauliche Anfrage geworden, ob er es sich getraue, die Nationalversammlung, da solche dem Willen des Königs entgegen in ungesetzlicher Weise ihre Beratungen fortsetze, mit Waffengewalt auseinander zu treiben? Zugleich ist von den genannten beiden Ministern angedeutet worden, daß man, wenn die Bürgerwehr nicht einschreiten wolle oder könne, dann nach dem Bürgerwehrgesetz berechtigt sei, Militärgewalt zu requiriren. Herr Rimpler hat es erwidert, daß er darüber vorerst mit den Majors Rücksprache nehmen müsse. Diese Rücksprache ist heute Mittag in derselben Versammlung erfolgt, in welcher die oben erwähnten Interpellationen an Herrn Rimpler gerichtet wurden, über welche er sich übrigens genügend ausgesprochen hat. Die Majors haben beschloffen, da das Ministerium mündlich gefragt, sollte ihm auch nur mündlich geantwortet werden, und zwar, daß man die Nationalversammlung nicht gewaltsam auflösen, wohl aber alle ihre Mitglieder, wie die Minister, gegen jeden Excess des Volkes schützen werde. Sollte das Militär anrücken, so werde die Bürgerwehr in geschlossenen Reihen, Gewehr am Fuß, das Schauspielhaus umringt halten, und wenn das Militär dem Einspruch des Bürgerwehrrömmmandeurs, wie des Präsidenten der Nationalversammlung ungeachtet vorrücke, sich auf den desfallsigen Beschluß der Nationalversammlung (den man bestimmt vorauszusetzen scheint) zurückziehen, ohne einen Kampf zu beginnen. Hierauf sind dem Kommandeur vom Staats-Ministerium offiziell folgende drei Fragen zur sofortigen Beantwortung vorgelegt worden: 1) ob die Bürgerwehr bereit sei, die National-Versammlung gewaltsam aufzulösen? 2) wie die Bürgerwehr sich verhalten würde, wenn Militär in die Stadt gezogen würde? 3) ob es gegründet sei, daß die Bürgerwehr das betreffende Bureau-Personal der National-Versammlung festgehalten und zur Fortsetzung des Dienstes gezwungen habe? Der Kommandeur Rimpler hat zu Abend 9 Uhr eine Versammlung seines Staabes und sämtlicher Bataillons-Commandeure berufen, um die auf diese Frage zu ertheilende Antwort zu beraten. Ein Theil der Kommandeure hat in einer Versammlung bereits beschloffen sich dahin auszusprechen, daß ad 1) es im Staate gegenwärtig zwei Gewalten, die Krone und die gesetzgebende Versammlung neben einander gebe, daß keine dieser beiden Gewalten berechtigt sei, der andern Zwang zuzufügen, daß eben so wenig wie die Bürgerwehr auf Requisition der National-Versammlung der Krone Gewalt anthun dürfe, dieselbe auf Requisition der Krone gegen die National-Versammlung Gewalt üben könne. ad 2) Daß die Beamten auf Befehl des Präsidenten der National-Versammlung zurückgehalten seien, welchem die Disciplinargewalt über dieselben zustehe. ad 3) Daß die Bürgerwehr passiven Widerstand leisten und nur der Gewalt weichen werde. (V. 3.)

Berlin, 10. November. Auf Anweisung des Königl. Staats-Ministerii wird hiermit Nachfolgendes zur Kenntniß der Bewohner Berlins gebracht:

„Obgleich Se. Majestät der König mittelst Allerhöchster Botschaft vom 8. d. M. die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung hienige Versammlung nach Brandenburg und deren Vertagung bis zum 27. d. Mts. angeordnet hat, fährt ein Theil jener Versammlung dennoch fort, hier beisammen zu bleiben und Beschlüsse zu fassen. Die Regierung Sr. Majestät befindet sich deshalb in der Nothwendigkeit, einem solchen, die Rechte der Krone beeinträchtigen Verfahren auf das Entschiedenste entgegen zu treten und hat zu dem Ende beschloffen, da die Bürgerwehr, als die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung verpflichtete Instanz, ihre Mitwirkung bestimmt versagt hat, die hiesige Garnison so bedeutend zu vermehren, daß nicht nur die Behufs Aufrechthaltung des königlichen Befehls wegen Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und wegen ihrer Vertagung erforderlichen Maßregeln durchgeführt werden können, sondern daß auch die überhaupt seit längerer Zeit im hiesigen Orte

vorgetommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Beeinträchtigungen der Freiheit kräftig unterdrückt werden können.

Das Einrücken der Truppen, welche zur Verstärkung der Garnison bestimmt sind, wird schon heute stattfinden, und darf von dem gesetzlich Sinne der Bürgerschaft, welche anerkennt wird, daß Gesetz und Ordnung die Hauptbedingungen der Wohlfahrt der Stadt und des Staates sind, mit Zuversicht erwartet werden, daß sie den einrückenden Truppen in keiner Weise hinderlich entgegen treten werde.

Ausdrücklich und auf das Feierliche wird zugleich versichert, daß Seiner Majestät Regierung diese Maßregel nur ergriffen hat, um die Erfüllung der Verheißungen, welche dem preussischen Volke zur Befestigung seiner Freiheit und zur Erlangung einer wahrhaft volkethümlichen Verfassung gemacht sind, und welche heilig gehalten werden sollen, zu beschleunigen, keineswegs aber um Rechte oder Freiheiten des Volkes in irgend einer Weise zu beeinträchtigen.

Berlin, den 10. November 1848. Der königliche Polizei-Präsident v. Bardeleben.

Frankfurt, 7. November. (110. Sitzung der Nationalversammlung.) Vorsitzender v. Gagern. Bemerkenswerth ist die Wiederanwesenheit Karl Wetzlers im Hause. Der Präsident zeigt an, daß der in Frankfurt versammelte landwirthschaftliche Kongreß die Mitglieder der Nationalversammlung zu seinen Sitzungen einlade. Vom königl. preuß. Stadtgerichte Rosenbergs (Regierungsbezirk Pöppeln) ist ein Schreiben eingegangen, welches unter Mittheilung eines Briefauszugs des Abgeordneten Minkus die Genehmigung der Nationalversammlung zur Einleitung einer Untersuchung gegen Minkus wegen Hochverraths und Aufforderung zum Aufrubr beantragt. An den Untersuchungsausschuß. — Reichsminister v. Schmerling verkündet, daß er gestern eine sehr umfangreiche Depesche aus München, vom 27. Oktober datirt, von den Reichskommissären erhalten habe. Die Abfertigung sei ohne Schuld der Reichskommissäre verzögert worden. Die Depesche sammt den urkundlichen weitläufigen Beilagen wird zunächst dem österreichischen Ausschusse vorgelegt. — Darauf verlangt und erhält Wetzler das Wort. Bewegung im Hause bei seinem Erscheinen. Unter der gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung erbittet sich der Redner in einer der nächsten Tagesordnungen den Raum, um das Benehmen der Reichskommissäre für Oesterreich zu rechtfertigen und sich auf die denselben hier gemachten Beschuldigungen zu verantworten. — Zur Tagesordnung übergehend, wird nach einer Bemerkung des Präsidenten über die abzugebenden Stimmzettel folgender Antrag des Abgeordneten Biedermann aus Leipzig der Verathung unterbreitet:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen: durch die Centralgewalt die königlich sächsische Regierung aufzufordern, ihr Dekret vom 28. August d. J., das deutsche Verfassungswerk betreffend, zurückzunehmen, weil die demselben zu Grunde liegende Ansicht von einer Vereinbarung der deutschen Verfassung zwischen der Nationalversammlung und den gesetzgebenden Gewalten der Einzelstaaten mit dem vom Vorparlament ausgesprochenen und von der Nationalversammlung anerkannten Grundsatz: daß die Nationalversammlung einzig und allein die deutsche Verfassung zu begründen hat, im direkten Widerspruch steht.“

Schaffrath legt dem Biedermann'schen, von mehr als zwanzig Mitgliedern unterzeichneten Antrage einen anderen präjudiciellen entgegen, nach welchem er die sächsische Angelegenheit, zusammengefaßt mit mehreren andern ähnlichen Gegenständen, unter denen Schaffrath namentlich die österreichischen Revisionen bezeichnet, an den sogenannten Raveaux'schen Ausschuss überwiesen sehen will. Der sächsischen Regierung lasse sich eigentlich nur ein allzu formelles Beharren auf der Grundverfassung des Königreichs zum Vorwurfe machen, nach welcher kein Recht der Krone ohne Zustimmung der sächsischen Stände veräußert werden dürfe. Von einer wirklichen Widerspenstigkeit zeige sich nirgends eine Spur in ihrem Verfahren. Die Minister hätten die Verfassung im März beschworen, keine Revolution habe das Rechtsverhältniß geändert, also könne der Zwiespalt nur durch ein Reichsgesetz ausgeglichen werden, nicht aber durch einen Beschluß der Nationalversammlung auf die Zurücknahme eines Dekrets. Dazu gehe der sächsische Landtag soeben mit dem 10. November zu Ende, die letzte Sitzung desselben finde schon am 8. statt. Es läme also überdies jede Beilehnung zu spät. — Biedermann freut sich, daß er mit den Ansichten Schaffrath's im Allgemeinen übereinstimmen dürfe und namentlich in dem Punkte, daß durch ein allgemeines Reichsgesetz allen partikularistischen Regungen in Deutschland der Boden entzogen werden müsse. Allein wie die sächsische Regierung früher die Anordnungen des Bundesstatts als rechtsverbindlich anerkannt habe, so werde sie jetzt auch die Beschlüsse der Nationalversammlung vollstrecken können, ohne ihre verfassungsmäßigen Pflichten zu verletzen. Außerdem stehe ihr ja der Weg einer Verfassungsänderung durch Vereinbarung mit den Ständen offen. Auch er erkenne in dem Benehmen der sächsischen Regierung nichts Schlimmeres als eine falsche und in ihrer Richtung bedauerliche Gewissenhaftigkeit. Aber auf der Dringlichkeit seines Antrags müsse er bestehen, denn er wolle damit erreichen, daß die gesetzgebende Gewalt in Sachsen selbst ihre Maßregel zurücknehme und daß der Grundsatz, von welchem sein Antrag ausgehe, zu einer thatsächlichen Geltung gelange. — Die Zettelabstimmung entscheidet sich mit 225 gegen 180 Stimmen für den präjudiciellen Antrag Schaffrath's. Der von Biedermann angeregte Gegenstand ist mithin einem Ausschusse zu überweisen. Ueber die Frage jedoch: welchem Ausschusse? weichen die Vorschläge von einander ab und führen zu einer die Ungebild der Versammlung lebhaft herausfordernden Debatte. Endlich wird ein besonderer, heute noch aus den Abtheilungen zu wählender Ausschuss für die Sache beliebt. — Dem Antrage Jor d'ans Berlin:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, obgleich es durch den Beschluß über den Raveaux-Berner'schen Antrag bereits feststeht, daß die Beschlüsse einzelner Landesversammlungen nur in so weit sie mit denen der Reichsversammlung übereinstimmen, Gültigkeit haben, so findet sich die Reichsversammlung, im Hinblick auf mehrere Vorgänge der jüngsten Zeit dennoch veranlaßt, nochmals ausdrücklich zu erklären: daß jeder, ihren Beschlüssen entgegenstehende Beschluß einer Versammlung eines Einzelstaates als an und für sich null und nichtig angesehen, und erforderlichen Falles als ungesetzliche Aufhebung energisch zurückgewiesen werden wird.“

wird ein ähnlich präjudicieller Antrag von Wesendonck entgegengesetzt, wie der vorhin, durch die seltsame Stimmenvereinigung der Rechten und der Linken wider das Centrum, zur Geltung gebrachte Schaffrath'sche Antrag, allein nicht mit demselben Stücke. Denn obgleich wir auch diesmal



v. Wincke und Besendorf, den Grafen Schwerin und Löwe von Kalbe darüber einverstanden sehen, daß der Jordan'sche Antrag an den vorhin beschlossenen Ausschuss zu verweisen sei, so entscheidet die Versammlung doch, daß in die Berathung des Gegenstandes eingetreten werde. — Mein Antrag hat ein engeres und ein weiteres Ziel, beginnt Wilhelm Jordan. Er soll die deutsche Bevölkerung in Posen beruhigen, aber er soll auch eine dieser Versammlung feindliche Partei aus der überraschenden Stellung herauschlagen, die sie glücklich eingenommen hat. Er erinnert darauf an den früheren Antrag der linken Fraktionen in der Berliner Landesversammlung auf unbedingte Unterwerfung Preußens unter Frankfurt. Aber seitdem die preuß. Regierung der Centralgewalt mit der offensten Hingebung entgegengekommen, andere die erwähnte Partei den Ton und blase aus allen Kräften die gegentheilige Melodie. Der Beschluß der Berliner Versammlung vom 23. Oktober hat die deutsche Bevölkerung in Posen mit Schmerz und Entrüstung erfüllt. Als Beweis dessen trägt Jordan eine Adresse aus Posen vor, welche in der erschütterndsten Sprache abgefaßt und die tiefste Empörung gegen den „leichtsinnigen und landesverrätherischen Beschluß“ der Berliner Versammlung, wie ihn Jordan bezeichnet, athmet. Zweimal haben wir unserer Pflicht gehorcht, die Souveränität dieses Hauses aufrecht zu halten gegen eine Regierung, die wir zur unbedingten Unterordnung unter Deutschland nöthigen und gegen einen gewaltthätigen Volkshaufen, der an die Stelle der Mehrheitschaft der National-Versammlung ihre Minderheit setzen wollte. Welche Partei des Hauses war es, welche die Souveränität dieses Hauses am weitesten ausgedehnt, die Macht der Centralgewalt am unbeschränktesten gestaltet sehen wollte? Die selbst den Hurray's der Huldigung am 6. August eine ceremonielle Ordnung vorschrieb? Man könnte an ein Wunder glauben, wenn wir noch in der Zeit der Wunder lebten — (Gelächter und Applaus) denn es ist dieselbe Partei, die heute den Partikularismus als ihr Banner erhebt — (Unterbrechung, dann zur Linken:.) Meine Herren, ich rede ja nicht von Ihnen — die Partei ist's, die, nachdem es ihr fehlgeschlagen, sich durch eine Meuterei in den Besitz und an das Ruder des Fahrzeugs zu setzen, jetzt alles aufbietet dies Fahrzeug zu wenden, damit es scheitert. Seitdem die Frankfurter Pfingstweide vergebens versucht hat, ihre Souveränität in blutiger Frakturschrift zu dekreten, seitdem ist Frankfurt ein Dorf und an uns Hopfen und Malz verloren. (Die Linke findet ihren Zustand so unbehaglich unter dem Eindrucke der Jordan'schen Rede, daß sie alle Arten von Unterbrechungen versucht.) Die Berliner Versammlung scheint nun dem Auge dieser Partei mehr befähigt, die blutige Frakturschrift der Pfingstweide in Volkzug zu setzen (Cumult. „Zur Ordnung“ will Benedey den Redner gerufen wissen, was der Präsident verweigert.) Ich will damit sagen, daß sich unter den Berliner Linden der zweite Akt der Frankfurter Pfingstweide vorzubereiten scheint. (Gehört das zur Sache? von der Linken. Ja wohl! aus der Mitte des Hauses.) Dann schildert Jordan die Beleidigungen, Drohungen und Mißhandlungen, denen die Berliner Landesversammlung täglich preisgegeben ist von Seiten, grad' heraus gesagt, „des Berliner Gesindels.“ Eine Versammlung so behandelt, eine Versammlung in ihren Beschlüssen so umherschwankeud von einem Extreme zum andern, wie die Berliner, ist nicht frei und die Anarchie steht in Berlin nicht an der Schwelle, nein sie steht mitten in Deutschland und schütelt ihr blutiges Meuschenhaupt. „Wir sind das letzte Bollwerk der Freiheit“ schließt er, „der Freiheit sowohl nach unten als nach oben hin. Sehen Sie zu, meine Herren, daß dem Vaterlande dieses Bollwerk erhalten bleibe.“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) — Köster von Dels und mehrere Preußen (Auf: Namen!) wollen nach Analogie des Falles mit Brentano Jordan zur Ordnung gerufen wissen wegen der Beleidigungen, die seine Rede gegen die gesetzlichen Vertreter des preussischen Landes enthalte. — Graf Reichenbach wünscht in schwerfällig stolpernder Sprache, daß seine Freunde von der Linken mehr Ruhe unter Jordans Rede behauptet hätten, denn Ruhe sei Macht. Das Berliner Parlament vertritt weit mehr die Meinung des preussischen Volks, als das Frankfurter, denn für das erstere hätten die Preußen mit mehr Sorgfalt gewählt. Eine Aeußerung Reichenbachs über die Habsburgische Politik der Centralgewalt veranlaßt den Präsidenten zu einem Ordnungsruf. Preußen, das bisher eine europäische Großmacht gewesen, strebe natürlich darnach, „seine Freiheit für sich zu haben!“ (Zischen von allen Seiten.) Die Berliner Versammlung hat den Beschluß vom 23. Oktober ohne Zwang gefaßt. Und was soll von hier geschehen, um sie nach dem Willen der Centralgewalt zu beugen? Wenn das Haus Hohenzollern seine alte Politik der Reformations und der Freiheit vergäße, wenn es nicht den Absolutismus zerbricht, der noch in seinem Herzen sitzt, dann wird Berlin, dann werden die Massen, dann wird ganz Deutschland für die preussische Nationalversammlung, der Bürgerkrieg entzündet und Deutschland zum Schachbrette der streitenden Heere Europa's gemacht sein. Reichenbach mißbilligt den Berliner Beschluß nicht, er rath ihm aufrecht stehen zu lassen. Er sei ein Deutscher, habe aber slawisches Blut in den Adern — (Gelächter) von der Mutter her. Weil er wisse, daß die Slawen dankbar seien, solle man sie sich zur Dankbarkeit verbinden. Schriftführer Plathner ist der Meinung, daß von dem heutigen Beschlusse das Schicksal Deutschlands abhängt. Auch er macht die Linke darauf aufmerksam, wie sie früher einen Jelden, sei es ein Fürst oder sei er aus dem Volke, für einen Rebellen erklärt habe, der „zermalmet werden müsse“. Die Fahne des Partikularismus sei aber erhoben worden nach dem Prinzip, daß die Freiheit höher zu achten sei, als die Einheit. Diesen unpatriotischen Grundsatz unterzieht er seiner Kritik und weist der Linken ausführlich nach, in welche Widersprüche sie sich täglich durch ihren Mangel an aller Konsequenz verwickelt, durch ihren Mangel an Inhalt und durch die Wahl unersaubter Mittel. Der Reichsminister des Innern hat erklärt, daß er den Berliner Beschluß als gar nicht vorhanden betrachte. Seine Maßregeln müssen wir mit aller Kraft unterstützen und vertrauen wir dem Volke, es wird bald erkennen, daß die Feinde seiner Einheit auch die Feinde der Freiheit sind. — Nachdem Vogt einfachen Uebergang zur Tagesordn. beantragt hat und unter einem Beifallsversuche seiner Freunde abgegangen ist, nimmt noch das Wort Reichsminister v. Beckerath: „Wenn wir dem Beschlusse der Berliner Versammlung entgegen treten, so liegt darin keine Mißachtung der preussischen Landesversammlung, sondern wir sorgen nur dafür, daß ein von dem Bundestage beschlossener, von der National-Versammlung bestätigter Vertrag nicht einseitig aufgehoben werde“. Gegen mehrere Behauptungen Reichenbach's protestirt Beckerath als Preusse und empfiehlt eine motivirte, die deutsche Bevölkerung Posen beruhigende Tagesordnung. — Nachdem Kerst aus Posen namentliche Abstimmung ver-

langt hat, erhält Jordan als Antragsteller das Schlußwort und erklärt sich mit der motivirten Tagesordnung über seinen Antrag einverstanden. Er fragt Herrn Vogt bei dieser Gelegenheit, „welche Freiheit fehlt uns? und weist auf den demokratischen Congress in Berlin, auf die Verhältnisse der Presse hin, und meint, zu dieser Freiheit dürfte etwas „Ordnung“ sehr brauchbar sein. Daß die preussische Landesversammlung mehr der Ausrud des preussischen Volks sei als die Nationalversammlung, da von hat Jordan eine ganz andere Ansicht und „wenn der Nord gegen uns auftritt“, schließt er, einer Bemerkung Vogt's entgegen, der von Einheitskonzerten mit Kartätschenbegleitung gesprochen, „so können wir freilich nicht anders antworten als mit Kanonen“. — Zur Annahme gelangt sodann unter Verwerfung aller anderen Anträge der Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Jordan's nach der Motivirung Kerst's von Posen. Die namentliche Abstimmung (durch Zettel) ergibt nämlich für die Tagesordnung nach der Kerst'schen, auf die früheren Beschlüsse der Nationalversammlung und die Erklärung des Reichsministers in Bezug auf Posen hinweisenden Motivirung 313 gegen 124 Stimmen, worauf, nachdem noch der unter Nr. 1 aufgeführte Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung erledigt worden, die Sitzung gegen 2 1/2 Uhr geschlossen wird.

**Getreide-Preis.**

Stettin, 10. November.

Weizen, nach Qualität 58—62 Thlr. bezahlt.  
 Roggen, in loco 28 Thlr. bez.,  
 Gerste, 23—28 1/2 Thlr. bezahlt.  
 Hafer, 17 1/2—17 3/4 Thlr. bez.  
 Rüböl, rohes, in loco und pr. November 10 1/2 Thlr., pr. März—April 11 Thlr. bez.  
 Rüböl wurde mit 7 1/2 Thlr. bezahlt.  
 Spiritus, in loco 23 1/2 a 23 3/4 % und auf kurze Lieferung 23 1/2 % ohne Faß, bez.; pr. Frühjahr 20 1/2 % mit Faß bez.,  
 Zink, schlei., 4 1/2 Thlr. pr. Frühjahr bez.

**Berliner Börse vom 10. November.**  
**Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.**

	Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.
St. Schuld-Sch.	3 1/2	—	74 1/2	—	Kar.-&Nm. Pfäbr.	3 1/2	—	89 1/2	—
Seeh. Präm.-Sch.	—	92 1/2	—	—	Schles. do.	3 1/2	90	—	—
K. & Nm. Schlöv.	3 1/2	—	—	—	do. Lt. B. gar. do.	3 1/2	—	—	—
Berl. Stadt-Obl.	3 1/2	—	—	—	Pr. Bk.-Anth.-Sch.	—	—	84	—
Westpr. Pfäbr.	3 1/2	82	81 1/2	—					
Grosh. Posen do.	4	95 1/2	94 1/2	—	Friedrichsd'or.	—	13 1/2	13 1/2	—
do. do.	3 1/2	78	77 1/2	—	And. Glöm. a 5 thr.	—	13	12 1/2	—
Ostpr. Pfäbr.	3 1/2	—	—	—	Disconto	—	3 1/2	4 1/2	—
Pomm. do.	3 1/2	90 1/2	89 1/2	—					

**Ausländische Fonds.**

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neu Pfäbr.	4	—	89 1/2	
do. b. Hope 34. a.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	—	66	
do. do. 1. Aul.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	94	—	
do. Stiegl. 24 A.	4	81 1/2	—		Hamb. Feuer-Cas.	3 1/2	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Ausl.	—	—	—	
do. v. Rethsch. Lst.	5	—	100		Moll. 2 1/2 % Int.	2 1/2	—	—	
do. Poln. Schatz O.	4	—	64 1/2		Kurb. Pr. O. 40 thr.	—	—	—	
do. do. Cert. 1. A.	5	—	76		Sard. do. 36 Fl.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	13 3/4	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—	
Pol. Pfäbr. a. a. C.	4	—	89 1/2						

**Eisenbahn-Actien.**

Stamm-Actien.	Zinsfuß.	Reinertr. 4%	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuß.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4 7/8	77 1/2	B.	Berl.-Anhalt	4	—
do. Hamburg	4 2/3	—	—	do. Hamburg	4 1/2	88 1/2 bz. u. G.
do. Stettin-Stargard	4	68 1/2	B.	do. Pos.-Magd.	4	478 B.
do. Potsd.-Magdeb.	4	51 1/2	B.	do. do	—	587 B.
Magd.-Halberstadt	4	7	—	do. Stettiner	4	495 1/2 B. 96 G.
do. Leipziger	4	15	—	Magd.-Leipziger	4 1/2	—
Halle-Thüringer	4	50 1/2	B.	Halle-Thüringer	4 1/2	81 1/2 B.
Cöln-Minden	3 1/2	73 1/2	G.	Cöln-Minden	3 1/2	89 B.
do. Aachen	4	50 1/2	etw. bz. u. G.	Rhein. v. Staat gar.	4	—
Boon-Cöln	4	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4 1/2	—	—	do. Stamm-Prior.	4	—
Steele-Vohwinkel	4	—	—	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niedersch. Märkisch.	3 1/2	67	G.	Niedersch. Märkisch.	4	82 B.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do	5	—
Oberschles. Lit. A.	3 1/2	688 1/2	G.	do. III. Serie.	4 1/2	88 1/2 bz.
do. Lit. B.	3 1/2	688 1/2	G.	do. Zweigbahn	5	—
Cosel-Oderberg	4	—	—	do. do.	4	—
Broslau-Freiburg	4	5	—	Oberschlesische	5	—
Krakau-Oberschles.	4	—	41 B.	Cosel-Oderberg	5	—
Bergisch-Märkische	4	—	—	Steele-Vohwinkel	4	—
Stargard-Posen	4	—	65 1/2 G.	Broslau-Freiburg	—	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
<b>Quittungs-Bogen.</b>				<b>Ausl. Stamm-Actien.</b>		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	60	77 1/2 B.	Dresden-Görlitz	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Eisa	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
<b>Ausl. Quittgs.-Bogen.</b>				Kiel-Altona	4	—
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	4	90	—	Amsterdam - Rotterdam	4	—
Peather 26 Fl.	4	80	—	Mecklenburger	—	—
Fried.-Willh. Nordb.	4	90	36 1/2 a 37 a 1/2 a 38 a 1/2 bz.			



Deutschland.

**Köln, 4. November.** Gestern luden Maueranschläge zur Theilnahme an einem Fackelzuge ein, welchen man dem stellvertretenden Abgeordneten von Köln, Justizrath Kyll, aus Anlaß seiner Rückkehr von Berlin zu bringen dachte. Gegen 9 Uhr Abends versammelten sich zahlreiche Theilnehmer auf dem Hause des Hrn. Kyll hin bewegte. Hr. Kaveaur, der seit einigen Tagen wieder in Köln verweilt, brachte dem Gefeierten ein Hoch aus und sprach dabei anerkennende Worte über den Freimuth, mit dem der Abgeordnete stets seine Ueberzeugung vertreten habe. Hr. Kyll trat dann vor und äußerte seinen Dank, indem er besonders hervorhob, daß er die ihm gewordene Ehre nicht auf seine Person, sondern nur auf ihrer aller Grundsatz beziehen könne, dem er stets gefolgt und stets folgen werde: „Volkswohl und Volksfreiheit!“ Verherrlicht wurde der Abend außerdem dadurch, daß einzelne Abtheilungen der Fackelträger, unter kräftiger Mitwirkung eines Theils der Kölner Jugend, vor dem Hause des Hrn. v. Wittgenstein, des Herrn Justizraths Stupp, des Hrn. Advokat-Anwalts Zimmermann und vor der Expedition der „Köln. Zeitung“ zum Theil recht wohlgelungene Kazenmuskeln brachten, zu denen überhaupt unsere Straßensungen eine recht schöne Anlage besäßen.

**Leipzig, 8. November.** Ein heute aus Wien hier angekommener Reisender bringt die gewisse Nachricht von Robert Blum's Verhaftung und die näheren Details derselben. Am 4ten November früh zwischen 5 und 6 Uhr hat eine Schaar von 40—50 Soldaten die Stadt London, wo Blum gewohnt, umstellt und das ganze Haus durchsucht. Das Militair ist dabei auch in des Reisenden, dicht neben Blum's und Fröbel's Logis gelegenes Zimmer eingebrungen und hat nach Blum gefragt, der Reisende aber hat darauf selbst gesehen, daß Blum und Fröbel als Arrestanten und unter Militairbedeckung in einem Wagen forttransportirt worden sind.

**Aus dem Bernburgischen, 3. November.** Die Zustände in unserem Herzogthume sind nichts weniger als trostreich. Seitdem das alte Ministerium zurückgetreten, haben sich die Uebergriffe des Landtags täglich gemehrt, und derselbe scheint einen förmlichen Terrorismus auszubilden, weshalb sich auch bis jetzt noch Niemand von einigem Rechtsgefühl zur Uebernahme eines Ministerpostens gefunden hat. Der Herzog selbst erklärt unter dem 2. November in einem Extrablatt zum Regierungsblatt seinem Volke, daß er sich nach Duedlinburg zurückgezogen und den Erzherzog-Reichsverweser wiederholt um schleunige Abendung eines Reichs-Kommissars ersucht habe, weil er dem von dem Landtage beratenen und ihm zur Genehmigung und Vollziehung vorgelegten neuen Verfassungsgesetze in mehreren Beschlüssen seine Sanction nicht ertheilen könne. Zugleich legt der Herzog hinzu, daß, sollte er die Ueberzeugung erhalten, daß er ferner zum wahren Wohle seiner geliebten Anhalt-Bernburger nicht mehr zu wirken im Stande sei, er es für seine Pflicht erachten werde, die Regierung niederzulegen, um auch durch dieses, wenngleich mit blutigem Herzen gebrachte Opfer seine dem Lande stets gewidmete landesväterliche Fürsorge zu beethätigen. (L. 3.)

**Frankfurt, 5. November.** Nordische Zeitungen melden von neuen Bewickelungen zwischen Dänemark und der deutschen Centralgewalt in Bezug auf die Ausführung des Waffenstillstandes. Wir können hierüber aus guter Quelle versichern, daß die Nachricht, der Reichs-Kommissar Herr Stedmann habe die neue schleswig-holsteinische Regierung zum Zurücktritt aufgefordert, unbegründet ist; dagegen bestätigt es sich, daß die dänische Regierung das Wiederanleben einer Reihe von Verordnungen und Gesetzen durch die Regierung der Herzogthümer für unvereinbar erklärte mit den klaren Bestimmungen des Waffenstillstandes, wonach während dessen Dauer die Gesetzgebung ruhen und den Bestimmungen des künftigen Friedens nicht vorgegriffen werden soll. Herr Stedmann soll das Begehren des dänischen Ministeriums nicht in allen Punkten, wohl aber in einzelnen in der That wirklich begründet gefunden und mit dem Entschlusse, den Waffenstillstand endlich zu vollziehen, gegen das Wiederanleben dieser wenigen Punkte sich gegen die neue Regierung erklärt haben. Das Reichs-Ministerium ist bereits, wie wir hören, mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und es sind heute schon zwei Kouriere, der eine nach Schleswig, der andere nach Kopenhagen deshalb abgegangen. Wenn nicht die Leidenschaft der verschiedenen Parteien in Kopenhagen, Schleswig und Frankfurt stärker ist, als die ruhige Erwägung der rechtlichen Gründe, so wird es, wie wir hoffen, den Bemühungen besonnener Staatsmänner gelingen, auch diesen letzten Stein des Anstoßes zu beseitigen.

**Frankfurt, 6. November.** (Polnische Konflikte.) Es ist ein verhängnißvoller Umstand, daß die definitive Regulirung der Grenzlinie zwischen Deutsch- und Polnisch-Posen und die Feststellung der Reichsgrenze nicht vor Berathung jenes Verfassungsparagraphen in der Berliner Versammlung erledigt war, obwohl drei Monate seit dem Beschlusse der National-Versammlung darüber verfloßen waren. Voraussetzlich hätte die Erledigung einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. So wie die Sachen nun liegen, ist ein Konflikt der beiden Versammlungen dem Anschein nach unvermeidlich. Betrachten wir die Beschlüsse derselben. Die deutsche Nationalversammlung hatte am 27. Juli den Antrag Schuselka's: „daß die preussische Regierung das Großherzogthum Posen wie bisher als eine ungetheilte Provinz verwalten solle,“ mit einer einstimmigen grenzenden Mehrheit verworfen. Dagegen hatte sie die Ausschuß-Anträge: daß 1) die Aufnahme der durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages Deutschland einverleibten Theile Posens anzuerkennen und die 12 Abgeordneten dieses Gebietes endgültig zuzulassen seien und daß 2) die Abgrenzungslinie des General v. Püel anzuerkennen, die letzte Entscheidung aber nach dem Ergebnisse weiterer, von der Centralgewalt zu veranstaltender Erhebungen vorzubehalten sei, angenommen. — Die preussische Regierung nahm die definitive Abgrenzung in Angriff und setzte eine besondere Demarkations-Kommission nieder, deren Thätigkeit jedoch dadurch besonders gehemmt war, daß die Polentommission der Berliner Landesversammlung erstlich die Akten in Anspruch nahm, und dann in der Sache selbst ein Nachwort mitzusprechen wollte. Endlich, am Anfange des Oktober, waren die Vorarbeiten so weit gediehen, daß das preussische Ministerium von der Centralgewalt zur

definitiven Regulirung der Reichsgrenze die Absendung eines Reichs-Kommissars verlangte. Diesem Wunsche wurde sofort entsprochen, und der General von Schäfer schickte sich eben an seine Mission anzutreten, als die Abgrenzungsfrage in der preussischen Landesversammlung beim §. 1 vom Staatsgebiet zur Sprache kam. — Den Grundsätzen des Ministeriums, dem er angehört hatte, getreu, stellte Alfred von Auerswald sein Amendement: Alle Landestheile der Monarchie „soweit sie zu Deutschland gehören“ bilden das preussische Staatsgebiet. Das Ministerium selbst verteidigte es, und erklärte: es handle sich um theure Interessen des großen deutschen Vaterlandes und die preussische Landesversammlung würde ihrer Pflichten gegen dasselbe eingedenk sein. (Worte des Ministers Eichmann.) Vergebliches Bemühen! Die Polen hatten sich mit richtiger Politik auf die Linke und den Partikularismus gelehrt, und das Amendement fiel. Nach der jetzigen Fassung giebt es nunmehr ein nichtdeutsches Preußen, welches nicht in Deutschland aufgegangen. — Die polnische und partikularistische Partei ging aber weiter. Sie ignorirte die Frankfurter Beschlüsse vom 27. Juli, wodurch ein Theil von Posen deutsches Land geworden, vollständig, und setzte folgenden Antrag, wenn auch nur mit zwei Stimmen, durch: „Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem preussischen Staat eingeräumten besonderen Rechte (!) gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser (der preussischen) Verfassungsurkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen.“ Diese Formel lautet etwas unbestimmt, wenn man sie ins Bestimmte übersezt, so heißt sie: „Dem Großherzogthum Posen werden die ihm 1815 durch die Wiener Akte und das Westfälische-Ergreifungs-Patent eingeräumten besondern Rechte, d. h. ein polnischer Statthalter (u. s. f. Alles, was zur polnischen Reorganisation gehört) gewährleistet.“ Wohlgemerkt, den Bewohnern des ganzen früheren Großherzogthums, nicht bloß denen von polnisch Posen. — Wir hätten gegen dieses Amendement in der That gar nichts einzuwenden, wenn es sich bloß auf das abgegrenzte polnisch Posen bezöge, so aber erkennen wir in ihm nur einen Versuch, den Beschluß Schuselka's, welchen die Nationalversammlung ausdrücklich verworfen hatte, in Berlin durchzusetzen: daß nämlich die preussische Regierung die Provinz ungetheilt erhalte und verwalte. Dies ist der erste Punkt, in welchem der Berliner Beschluß mit dem Frankfurter im Widerspruch steht und hieraus folgen die anderen Widersprüche als Konsequenzen. Denn bleibt das Großherzogthum ein Ganzes, so kann nicht eine Hälfte zu Deutschland gehören und die deutschen Marken begrenzen. Bleiben ihm die „eingeräumten besondern Rechte“, so werden die Bewohner Deutschposens nicht nach Frankfurt ihre Vertreter zu senden haben, sondern nach dem „neu zu erlassenden organischen Gesetze“ wahrscheinlich neben dem Berliner Reichstag ihren zweiten in Posen zusammen-treten sehen. Die vorläufige Abgrenzungslinie, wie die von der Centralgewalt definitiv zu treffenden Erhebungen erledigen sich dann von selbst. — Es fragt sich nun, welches kann bei diesen Konflikten die Stellung der preussischen Regierung, welches die der Centralgewalt sein? und hat die letztere den Berliner Beschluß nicht lediglich zu ignoriren, da nach dem Beschlusse vom 28. Mai die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung maßgebend für die einzelnen Landesversammlungen sind? Vor dieser Frage könnte aber Jemand den einfachen Einwurf machen: Wie, wenn das ganze Großherzogthum Deutschland einverleibt wird und in ihm aufgeht — dann fällt ja der Widerspruch, und sollte dieses nicht die Absicht der Berliner Landesversammlung sein? Darüber hören wir denn doch zuerst die Stimme eines Polen, der die Ansicht seiner Landsleute über den Berliner Beschluß und was mit demselben beabsichtigt wird, deutlich ausdrückt. (D. 3.)

Frankreich.

**Paris, 5. November.** Der Repräsentanten-Klub der Straße Poitiers berieth gestern in einer langen Sitzung darüber, ob er Namens des Vereins einen Kandidaten für die Präsidentschaft vorschlagen solle oder nicht, nach lebhaften Erörterungen fiel die Entscheidung dahin aus, daß der Klub keinen Kandidaten aufstellen, sondern es seinen Mitgliedern überlassen werde, je nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Dieser Entschluß ward mit großer Mehrheit gefaßt, da unter mehr als 200 Mitgliedern nur 37 für die Aufstellung eines Kandidaten sich erklärten. Der Klub des Instituts berieth gestern über die nämliche Frage, ohne jedoch zu einer Entscheidung zu gelangen. Das Fest wegen Veröffentlichung der Verfassung wird vom 15. bis 20. November Statt finden und in sämtlichen Gemeinden Frankreichs begangen werden. Man spricht von einer bei diesem Anlasse beabsichtigten Amnestie. — Der „Konstitutionel“ meldet, morgen werde der Nationalversammlung ein Prorogationsentwurf vorgelegt werden. Ein anderes Journal behauptet dagegen, daß noch nichts entschieden und ein Auseinandergehen der Versammlung im Angesicht des nahen Verfassungsfestes nicht wohl thunlich sei. Auch seien die Repräsentanten durchgängig der Ansicht, daß der Präsident nicht das Recht habe, die Versammlung aufzufordern, daß sie sich prorogire; sollte die Majorität sich für eine Prorogation erklären, so werde der Antrag wohl von einem Mitgliede der Versammlung ausgehen. — Der Finanzminister empfängt täglich von seinen Agenten Briefe, worin ihm angezeigt wird, daß, in Folge der überall auf dem Lande in L. Napoleons Namen abgegebenen Zusicherungen von Steuerfreiheit, kein Steuereinnemer auf seinem Posten werde bleiben können, falls der Neffe des Kaisers gewählt werde. Schon bedrohe man vieler Orten die Beamten der indirekten Steuern, weil es überall heißt, der neue Präsident werde sofort die droits réunis aufheben, welche etwa ein Fünftel des Staatseinkommens bilden. (Köln. Ztg.)

**Paris, 6. November.** Die Verhandlungen über die Candidatur Bonaparte's haben in der Presse ein wenig nachgelassen. Nicht geringes Aufsehen machte die Rede des Felix Pyat, welcher abermals die Frage des Rechtes zur Arbeit in der National-Versammlung inmitten der größten Entrüstung herausbeschwor; aber auch diesen Zwischenfall hat der Strom der Zeit bereits mit fortgerissen, und auf der Tages-Ordnung steht die Annahme der Verfassung. Der „National“ betrachtet die Verfassung als vollkommen in ihren Grundlagen. Dieselbe umfasse alle edlen Institute, welche in den Herzen der Masse leben, so wie alle gesellschaftlichen Bedürfnisse, welche aus dem bereits gemachten Fortschritte hervorgehen. — Die „Union“ meint, die Zukunft sei die einzige Autorität, welche über die neue Verfassung entscheiden könne.

— Vorgekern wurden zur Feier der Annahme der Verfassung durch die Na-



national-Verammlung 101 Kanonenschiffe abgefeuert. Die Journale zählen die Mitglieder auf, welche gegen die Verfassung stimmten; man bemerkt darunter die Namen Berryer, Grespel de Latouche, Deville, Greppo, B. Hugo, Montalembert, P. Leroux, Proudhon, Piat und Carochejaquelin. — Nach der „Demokratie pacifique“ hat die von der National-Verammlung mit Anordnung des Verfassungs-festes beauftragte Commission entschieden, daß dasselbe am nächsten Sonntag (12. Nov.) Statt finden und mit einer religiösen Feierlichkeit beginnen soll, zu welchem Zwecke auf dem Eintrachtsplatze ein Altar errichtet wird. Sowohl hier, als überall im Lande, sollen bedeutende Ausheilungen von Lebensmitteln an arme Familien Statt finden. Die Commission hat den Wunsch ausgesprochen, daß bei diesem Anlasse zahlreiche Begnadigungen erfolgen möchten; sie hat ferner entschieden, daß die National-Verammlung auf Kosten der Repräsentanten ein großes Bankett geben soll. — Bei der schon erwähnten Verhandlung des Clubs der Straße Poitiers war es vornehmlich Herr Thiers, welcher den Verein be- stimmte, keinen Candidaten für die Präsidentschaft aufzustellen. Er sprach sich gegen eine Unterstützung der Candidatur Cavaignac's aus, und sagte zum Schlusse, daß er selbst sei weder Candidat für die Präsidentschaft noch wolle er es sein, so we- nig als er den Minister Cavaignac's oder L. Napoleon's abgeben würde. (N. Z.)

**Italien.**

Rom, im Oktober. Zu den vielen Sorgen, welche die Politik ver- malen dem Papste macht, kommt eine neue, die Sorge wegen der Aus- breitung des Protestantismus in Italien, ja in Rom selbst. Wie sehr die- selbe des Papstes Gemüth bewege, sprach derselbe neulich in einer Rede bei Gelegenheit einer Seligsprechung selbst aus. Er äußerte seine Betrüb- niß darüber, „daß man die Bewegtheit habe, im ganz katholischen Ita- lien, ja im Centrum der Christenheit, in Rom selbst, den Protestantismus durch einen, durch tausend, durch zehntausend Mißthätige einzuführen.“ Nach der Versicherung des Papstes sollen diese Versuche von der Partei ausgehen, welche die italienische Nationalität, also die Einheit Italiens, ansprecht. Er macht dieselbe auf ihre Inkonsequenz aufmerksam, welche sie dadurch dokumentire, daß sie die Italiener durch Glaubenszwiespalt trennen und dennoch vereinigen wolle. Der Papst weist seine protestantisirenden

Italiener auf die Deutschen hin, welche es jetzt bei ihrer beabsichtigten Vereinigung schmerzlich fühlten, daß die Verschiedenheit der Religion das größte Hinderniß dieses Strebens sei. (D. N. Z.)

**Bermischte Nachrichten.**

**Neustadt-Oberswalde, 4. November.** Unsere Straßen sahen gestern einen fröhlich-traurigen Festzug der hiesigen akademischen Forstjugend. Zur Feier des Namenstages des heiligen Schutzpatrons des weiland edeln Waidwerks, des St. Hubertus, waren die jungen Herren Grünröde, wie ehemals, am frühen Morgen zu einer Jagd ausgerückt. Ihre Heimkehr begleitete aber nicht der sonstige allgemeine Frohsinn und die gewohnte Lustigkeit; sie zeigte uns heuer zwei Züge, einen Fest- und einen Trauer- zug. — An der Spitze des Ersteren schritt ein Musik-Chor, welches be- kannte Jagdweisen aufspielte, diesem zunächst folgte die auf hohem Stabe getragene und mit bunten, weit flatternden Bändern verzierte Devise „Hubertus 1848,“ dann sah man eine von vier Akademikern getragene Babre, welche mit grünen Zweigen zierlich geschmückt war und auf der ein Theil des erlegten Wildes ruhte, und zuletzt schloß sich unmittelbar an die vorausgehende Beute eine reiche Begleitung Seitens des Jagdpersonals an. — Das war der Festzug, die Feier des Hubertus nach Waidmanns Art als gerechte Jäger. — In geringer Entfernung folgte der zweite Zug in dumpfer Stille ohne Sang und Hörnergeschall. Man erblickte auch hier eine Devise, jedoch von schwarzen Florbänder umhüllt, mit der Aufschrift: „Hubertus 1849,“ ihr folgte ebenfalls eine Trage, auf welcher ein fetter Hammel auf untergebreitetem Stroh sichtbar wurde, den Schluß des Zu- ges bildete eine geringe Anzahl Akademiker, welche im Gänsemarsche, einer dicht hinter dem andern, einhergingen, und ihre tief zur Erde gesenkten Floren umgeben, wie ihre trauernden Hunde mit schwarzen Halsbändern angethan hatten. Das war der Trauerzug, das Begräbniß, die Zukunft des edeln Waidwerks! (Wof. J.)

Deutschlands Treue ist gesunken,  
Deutschland liegt in Schutt und Staub,  
Seine Räuber, siegestrunken,  
Theilen sich in ihren Raub.  
Deutscher Aar, du liegst gebunden,  
Lahm ist deiner Flügel Kraft,  
Hinterlistig überwunden,  
Ist dein Heldepmuth erschlaft.

Und es treten dich mit Füßen  
Die du deine Söhne nennst,  
Die als Freund dich frech begrüßen,  
Weil du ihre Schwächen kennst.  
Und im frechen Uebermuth  
Strecken ihre Frevelersaust —  
Die getaucht im Führenblute,  
Nach der Könige hehres Haupt.

Auf Germania's üpp'gen Fluren  
Klammert der Aufruhr wild empor,  
Leichen zeigen seine Spuren  
Und nur Nord ertönt zum Ohr.  
Und du mußt gefesselt ringen  
Deutscher Aar, auf, wache auf!  
Schüttle die gewalt'gen Schwingen,  
Brich die Ketten! Dran und Drauf!

Wenn du dich wirst frei erheben  
Müthig treten auf und kühn  
— Suchst die Ordnung zu erstreben —  
Sei belohnt dein edles Mühn!  
Haltet Gute nur zusammen,  
Und als Phönix, jung und schön,  
Wird auch aus des Aufrubrs Flammen  
Deutschland wieder auferstehn.

A. G.

**Bürgerwehr-Klub.**

Am künftigen Mittwoch, Abends 8 Uhr, wird im Schützenhause eine Versammlung Statt finden. Der Einlaß ist nur gegen Vorzeigung neuer Karten ge- statet. Diese werden bei dem Herrn Sannier am Sonnabend, Sonntag, Montag, Dienstag und Mitt- woch in den Vormittagsstunden von 8—1 Uhr in Em- pfang genommen. Diejenigen Mitglieder, welche den Beitrag bereits für das ganze Vierteljahr entrichtet haben, erhalten die neuen Karten gegen Ablieferung der alten. Wer nur den Beitrag für Oktober gezahlt hat, wird gebeten, die neue Karte gegen Erlegung des Beitrages für November und Dezember zu lösen. — Gegenstand der Besprechung ist das Bürgerwehrgesetz, zunächst dessen erste Abschnitte. Diejenigen Herren, welche in den Versammlungen Gegenstände zur Sprache zu bringen wünschen, werden auf den S. 11 unserer Statuten über Ankündigung der Vorträge in Debat- ten aufmerksam gemacht. Die Ankündigung kann bei jedem Vorstandsmittgliede geschehen.  
Stettin, den 10ten November 1848.  
Der Vorstand.

**Einladung**

der Mitglieder des konstitutionellen Vereins zur außerordentlichen Versammlung am Sonnabend den 11ten November c., 7 Uhr Abends.  
Der Vorstand.

Wer aus der Bibliothek der polytechnischen Gesellschaft Bücher, Zeichnungen, Journale und Schrif- ten durch den verstorbenen Uhrmacher und Mechanikus Marks leihweise erhalten und bis heute nicht zurück- gegeben hat, wolle dieselben doch ungefäumt an den Uhrmacher Steinbrink, Hofmarkt No. 720, abgeben.  
Stettin, den 9ten November 1848.  
Die polytechnische Gesellschaft.

**Todesfälle.**

Es hat Goet gefallen, unsere liebe Mutter, Schwie-

ger- und Großmutter, die Frau des verstorbenen Kauf- manns August Wilhelm Petersen, nach kurzem Krankenlager und vollendetem 73ten Lebensjahre durch einen sanften Tod von uns zu nehmen. Alle lieben Freunde und Bekannte bitten wir um stille Theil- nahme. Wollin, den 7ten November 1848.  
Die Hinterbliebenen.

**Auktionen.**

**Auktion**

am Montag den 13ten November, Vormittags 10 1/2 Uhr, über 1400 Ctr. Prima und Secunda Camp. Blauholz, an den Speichern, 15te Waage, durch den Makler Herrn Garbeler.

**Auktion über Oldenburger Vieh.**



Montag den 13ten, Vormittags 9 Uhr, sollen auf der Laßadie im Gasthof zum grünen Baum, beim Gasthofbesitzer Bach, 40 Stück Oldenburger tragende Fersen und einige Zuchtbullen an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verauktionirt werden.

Nachlaß-Auktion am 14ten November c., Vormit- tags 9 Uhr, Kleine Domstraße No. 683, über mehrere hundert Schoß Schuhmacher-Spahn von verschiedenen Dimensionen.  
Reisler.

**Holzverkauf.**

1279 Eichen und 170 Kiefern sollen im Meßenthiner Revier auf dem Stamm am 17ten und 24ten d. M., und am 1sten, 8ten, 15ten und 22ten Dezember c., jedesmal am Drie Vormittags um 10 Uhr beginnend, meistbietend verkauft werden.  
Stettin, den 11ten November 1848.  
Die Dekonomie-Deputation des Magistrats.

**Verkäufe beweglicher Sachen.**

Um mit den Resten Holländischer und Niederländi- scher Royal- und Median-Schreib-Papiere, so auch Briefpapiere in ganzen Bogen, zu räumen, verkaufen wir dieselben unter dem halben Fabrikpreis.

**NICOLAI'SCHE**  
**Buch- & Papierhandlung**  
(C. F. Gutberlet) in Stettin,  
grosse Domstrasse No. 667.

Magdeburger Sauerkohl, a Pfd 1 1/2 Sgr., bei  
A. F. Kutscher, Breitenstraße No. 390.

**Parfum royal,**

aus den kostbarsten Aromen des Orients,  
von Simon & Co. in Paris.  
Nur wenige Tropfen, auf heißes Metall verdampft,  
verbreiten einen schönen dauernden Parfüm.  
Dasselbe ist zu haben in Flacons à 7 1/2 Sgr. bei  
**Ferd. Müller & Comp.**  
im Börsengebäude.

Die Putz-, Mode-Handlung und  
Blumen-Fabrik von J. C. Ebeling junior  
empfiehlt ihr Lager der neuesten Gegenstände zu be-  
kannnt billigen Preisen.

**Magdeburger Sauerkohl, pr. Pfd,**  
**1 1/2 Sgr., Rügenwalder Gänsebrüste,**  
**Elbinger Neunaugen empfiehlt**  
**G. A. Siggier, Sauerstraße.**

**Vermietungen.**

Zwei Stuben, Kammer und Küche, Papenstr. 308.

Die neu eingerichtete 3te Etage, bestehend aus vier Zimmern nebst sämtlichem Zubehör, ist zu vermie- then Mittwochstraße No. 1058 bei E. C. Liberis.

Eine bequeme Wohnung für 1—2 Personen große Ritterstraße No. 812.

In meinem Hause Mönchenstraße No. 605—6 ist die 3te Etage, bestehend aus 5 heizbaren Zimmern nebst Zubehör, zum 1sten April 1849 zu vermieten.

Mönchenstraße No. 459—60 ist die obere Etage, 2 Stuben, Kammer und Küche, zu vermieten.

Ein neuer Laden, Mönchenstr. 459—60.

**Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.**

Ein Lehrling fürs Comptoir wird verlangt von  
Seippel & Bramstedt.

Ein junger Mann von außerhalb, mit den nöthigen Schulkenntnissen ausgerüstet, der für Wohnung und Beschäftigung selbst sorgen kann, wird für ein hiesiges Comptoir als Lehrling gesucht, und wolle ein solcher seine selbstgeschriebene Adresse der Expedition dieser Zeitung unter G. No. 12 einsenden.

**Anzeigen vermischten Inhalts.**

**Affen-Theater.**

Heute Sonnabend den 11ten November findet keine Vorstellung statt. Morgen Sonntag die unbedingt letzte, wovon die erste Nachmittags 4, die zweite Abends 7 Uhr beginnen wird.  
J. Schreyer.

**Im Wintergarten**

von  
Groß & Bayer in Grabow  
nehmen Sonntag den 12ten Nov. die beliebtesten Concerte, unter Leitung des Herrn Kemser, ihren Anfang, welches wir den geehrten Stettinern hiermit ergebenst anzeigen.  
Gleichzeitig empfehlen wir unsere reichhaltigen Sammlungen erotischer Pflanzen den Blumenfreunden Stettins und der Umgegend auf das Beste.  
Groß & Bayer.

Zwei Pensionaire finden garten billiges Pensionat freundlich Aufnahme Rosengarten No. 271, drei Treppen hoch.

Winterhüte werden bei mir gut und billig verän- dert.  
J. C. Ebeling junior.

Ich wohne kleine Wollweberstraße  
No. 724. Maier, Leichen-Commis-  
sarius, mit Taven angestellt.